
Interpellation Samuel Schmid, EDU, Biberstein, vom 12. Januar 2010 betreffend Linksextremismus im Kanton Aargau

Text und Begründung:

Extremismus, welcher Couleur auch immer, ist demokratiefeindlich und stellt eine Bedrohung für eine demokratische Gesellschaft dar. Darum gilt es, extremistische Tendenzen frühzeitig zu erkennen, gewaltbereiten und militanten Gruppierungen und ihren Taten mit aller rechtsstaatlichen Konsequenz zu begegnen und deren Verbindungen zu politischen Parteien aufzudecken. Extremismus darf nicht bagatellisiert werden oder sogar gesellschaftsfähig sein, sondern muss als gesellschaftsfeindlich entlarvt werden.

Bezüglich Rechtsextremismus hat in der Vergangenheit eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit stattgefunden. Dies ist erfreulich und wichtig. Leider wurde in den letzten Jahren aber dem Phänomen Linksextremismus zu wenig öffentliche Beachtung geschenkt. Glaubten ihn einige schon überwunden und inexistent, so haben uns die Ereignisse der letzten Monate deutlich vor Augen geführt, dass vom Linksextremismus ein nicht zu unterschätzendes Bedrohungspotenzial mit beträchtlicher krimineller Energie ausgeht.

Kleine Chronologie:

- Januar 2009: Cédric Wermuth und seine Jungsozialisten besetzen zwei stillgelegte Hotels in Baden und organisieren eine illegale Party. Dabei kommt es zu "Vandalenakten", Sachbeschädigungen und Diebstahl von Lebensmitteln. Wermuth kommentiert, diese seien "nicht geplant" gewesen.
- Mai bis November 2009: Im Aarauer Zelgliquartier werden acht Autos abgefackelt, darunter ein Patrouillenfahrzeug der Stadtpolizei Aarau. Bei zwei Bränden drohten die Flammen auf die Wohnhäuser überzugreifen. Die Gefährdung von Menschenleben wurde zumindest in Kauf genommen. Die beiden mutmasslichen Brandstifter verkehrten in "linksautonomen Kreisen". Sie konnten nur dank einer aufwändigen und kostenintensiven Überwachung gefasst werden. 2007 stand einer von ihnen als Nationalratskandidat auf der Liste der Juso. Laut Bezirksamt ist "eine politische Motivation" der Taten klar erkennbar.
- Die linksradikalen Inhaftierten werden von Gesinnungsgenossen tatkräftig unterstützt:
 - Die Privatadresse mit Foto des Bezirksamtmanns Dieter Gautschi wird veröffentlicht für jene, "die mal persönlich etwas mitteilen wollen". Brisant ist auch der Aufruf: "Es gibt viele Möglichkeiten, seiner Wut Ausdruck zu verleihen, benutzt eure Kreativität."
 - Bei insgesamt fünf "Knastspaziergängen" marschierten Linksextreme vor dem Kommando der Kapo Aargau in der Aarauer Telli auf, zündeten Fackeln und riefen Parolen.
 - Farbanschläge auf Polizeiposten in Bern und Ebikon (LU) aus Solidarität für die inhaftierten "Genossen" in Aarau.

Dass es dabei um mehr als um "Vandalenakte" oder Lausbubenstreiche Spätpubertierender geht, zeigen folgende Zitate im Internet:

- "Wir verurteilen den Rechtsstaat als Ganzes, da er nur dem Erhalt des Status Quo dient."
- "Wir fordern: Gautschi muss weg, der Staatsschutz muss weg, der Staat muss weg!"
- "P. und I. ihr seid unsere Freude. Wir werden weiter gemeinsam mit euch an der Zersetzung der Unterdrückungsmechanismen kämpfen! ... Aarau bleibt Paris!"

- "Feuer und Flamme allen Knästen, Ausschaffungszentren, Bullenposten und Gerichten!"
- "Der Kampf geht weiter ... Für die soziale Revolution!"

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind dem Regierungsrat Umfang, Organisationsgrad und Vernetzung der linksextremen Szene (Linksextremisten, Linksautonome, Anarchisten) im Kanton Aargau bekannt?
2. Wie schätzt der Regierungsrat angesichts der verübten Taten und der offenen Drohungen das Gefährdungspotenzial ein, das von der linksextremen Szene ausgeht?
3. Wie hat sich die linksextreme Szene im Aargau in den letzten zehn Jahren entwickelt bezüglich Mitglieder, Sympathisanten, Demonstrationen und Gewalttaten?
4. Wie viele Teilnehmende der "Knastspaziergänge" sind im Aargau wohnhaft, wie viele sind Ausserkantonale? Falls dies nicht bekannt ist: Weshalb wurden die Personalien der Teilnehmenden dieser unbewilligten Kundgebungen nicht konsequent erfasst?
5. Welche Massnahmen werden ergriffen, um Hab und Gut und Leib und Leben der Aargauer Bevölkerung vor terroristischen Aktionen Linksextremer zu schützen?
6. Die in der Chronologie aufgeführten Taten stehen in direktem Zusammenhang mit Aktionen der Jungsozialisten (Verenahof Baden) oder liegen relativ nahe zu einer Aktivzeit bei den Jusos (Nationalratswahlen). Offenkundig bestehen ideologische Gemeinsamkeiten und auch personelle Berührungspunkte zwischen den "Genossen" der Linksextremen und den "Genossen" der Jusos. Welche Verbindungen der Linksextremen zu politischen Parteien und deren Exponenten sind bekannt?
7. Wie können politische Parteien und Gruppierungen vom Staat stärker in Pflicht genommen werden, sich von demokratie- und staatsfeindlichen Gruppen mit erklärten Gewaltabsichten personell, organisatorisch und ideologisch klar zu distanzieren?
8. Mit welchen Aktionen oder Kampagnen gedenkt der Regierungsrat, die Zunahme des Linksextremismus zu thematisieren und das öffentliche Bewusstsein dafür zu sensibilisieren?
9. Sieht der Regierungsrat die Wichtigkeit, dass an Aargauer Schulen und Ausbildungsstätten der Extremismus von Rechts und von Links gleichermaßen zur Sprache kommt? Welche konkreten Massnahmen wird er dazu einleiten?

Mitunterzeichnet von 42 Ratsmitgliedern